

WIRTSCHAFTSRAT INTERN

Mitteilungen für Mitglieder — Verantwortlich Rechtsanwalt Rüdiger von Voss

Nr. 10 - 13. Juni 1990

LANDESVERBAND SACHSEN DES WIRTSCHAFTSRATES DER CDU E.V.

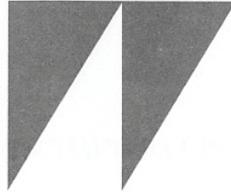
Am 10. Juni 1990 wurde auf Initiative sächsischer Unternehmer und der Mitglieder der Landesverbände Hamburg und Baden-Württemberg des Wirtschaftsrates der CDU e.V. der Landesverband Sachsen im Hotel Bellevue in Dresden gegründet.

Die entscheidenden Vorarbeiten waren von Herrn Hans-Reiner Meinel, Gesellschafter der Ost-West Unternehmensberatung, Dresden/Hamburg, im Zusammenwirken mit dem Landesverband Hamburg und der Bundesgeschäftsführung des Wirtschaftsrates getroffen worden.

In seiner Eröffnungsrede begrüßte Minister Klaus Reichenbach diese Gründung und übermittelte die herzlichen Grüße und Wünsche des Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maiziere. Herr Johannes Nitsch, Mitglied der Volkskammer und Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft der CDU/DA-Fraktion, referierte zur wirtschaftlichen Lage der DDR. Er richtete einen dringenden Appell an die Unternehmer in Sachsen und in der Bundesrepublik, alle Kräfte zu binden, um nach Herstellung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion den wirtschaftlichen Aufschwung in der DDR - insbesondere in Sachsen - zu stärken. Der Oberbürgermeister der Stadt Dresden, Herr Dr. Wagner, gab der Erwartung Ausdruck, daß es ausgehend von dieser Gründung des Wirtschaftsrates in Sachsen zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft kommen werde. Er sagte seinerseits alle Anstrengungen zu, um in der zukünftigen Hauptstadt des Landes Sachsen die Bedingungen für unternehmerische Investitionen und neue Arbeitsplätze zu verbessern.

In dem anschließend dokumentierten Grußwort des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, Herrn Dr. Norbert Blüm MdB, wurde außerdem die große Bedeutung der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit sichtbar. Der Vorsitzende des Landesverbandes Hamburg des Wirtschaftsrates, Franz-Günther von Gaertner, sagte die Hilfe und praktische Unterstützung seines Landesverbandes Hamburg nicht nur bei dieser Gründung, sondern auch bei der folgenden Arbeit des Landesverbandes Sachsen zu. Herr Dr. Horst Annecke, Mitglied des Präsidiums und Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen des Wirtschaftsrates, überbrachte die Grüße des Präsidiums und sagte die solidarische Unterstützung des Wirtschaftsrates als Bundesorganisation zu. Nach der Grundsatzrede des Bundesgeschäftsführers, Herrn RA Rüdiger von Voss, zur Arbeit des Wirtschaftsrates auf Bundes- und Landesebene wurde ein 15-köpfiger Gründungsausschuß berufen, der unter dem Vorsitz von Herrn Meinel die Vorbereitungen für eine Ende August/Anfang September beabsichtigte Mitgliederversammlung in Sachsen mit anschließender Fachtagung treffen wird.

Dem Gründungsausschuß gehören die Volkskammerabgeordneten Johannes Nitsch, Gerhard Masuch, Vorsitzender des Arbeitskreises Post- und Fernmeldewesen der CDU, DA-Fraktion sowie Dr. Michael Lutter, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU, DA-Fraktion ebenso an wie Franz-Günther von Gaertner, Dr. Hartmut Schwesinger vom Landesverband Hamburg und Erwin Langanke, Vorsitzender des Arbeitskreises 'Zusammenarbeit Bundesrepublik-DDR' des Landesverbandes Baden-Württemberg. Die Gründungsvorbereitungen werden von den Landesgeschäftsführern, Dr. Ernst Werdermann, Hamburg, und Elmar H. Müller, Stuttgart, begleitet.



WIRTSCHAFTSRAT INTERN

Mitteilungen für Mitglieder — Verantwortlich Rechtsanwalt Rüdiger von Voss

Nr. 17 - 27. November 1990

LANDESVERBAND SACHSEN-ANHALT IN MAGDEBURG GEGRÜNDET: "PRIVATISIERUNG HAT VORRANG VOR LANGWIERIGEN SANIERUNGSBEMÜHUNGEN"

"Wenn wir begründet erwarten, daß sich der wirtschaftliche Aufschwung in den neuen Bundesländern bis zur Mitte des kommenden Jahres auf breiter Front durchsetzen wird, dann kommt es entsprechend darauf an, daß es der Treuhandanstalt gelingt, die Entflechtung und Privatisierung der ehemaligen DDR-Staatsbetriebe zu beschleunigen. Die personelle Verstärkung der Treuhandanstalt und der Verzicht auf die Bildung zusätzlicher Treuhandaktiengesellschaften sind Schritte in die richtige Richtung. Der Wirtschaftsrat hat im Interesse einer zügigen marktwirtschaftlichen Umstrukturierung von Beginn an gefordert, daß die Privatisierung Vorrang vor langwierigen staatlichen Sanierungsbemühungen haben muß. Auch hier gilt unsere alte Erfahrung: Als Unternehmer ist der Staat überfordert!" Dies erklärte der Bundesvorsitzende des Wirtschaftsrates, Dr. Dieter Murmann, anlässlich der Gründungsversammlung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt in Magdeburg.

In Magdeburg wurde der vierte neue Landesverband des Wirtschaftsrates gegründet. Die Patenschaft hat Niedersachsen übernommen. Martin J. Voigt koordiniert die organisatorische und sachliche Aufbauarbeit, unterstützt von Dr. Klaus Mildner und Wolfgang Gloechner sowie von Hartwig Piepenbrock, dem niedersächsischen Landesvorsitzenden und Bundesschatzmeister des Wirtschaftsrates.

Industriepolitisch motivierte Dauersubventionen und investitionslenkende Staatseingriffe hält der Bundesvorsitzende des Wirtschaftsrates mit den Grundprinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung für unvereinbar: "Der Wirtschaftsrat unterstützt hier die klare ordnungspolitische Position der CDU/CSU-geführten Bundesregierung und lehnt die industriepolitische Lenkungsstrategie der Sozialdemokraten entschieden ab!"

"Nach über vierzigjähriger Erfahrung dürfen wir feststellen, daß sich die Soziale Marktwirtschaft in einer von zunehmendem Erfindungstempo geprägten industrialisierten Welt als erfolgreichste Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erwiesen hat. Sie verbindet das Marktprinzip von Chance und Risiko mit dem des sozialen Ausgleichs. Sie stellt den Markt in den Dienst der Interessen der Bürger, fördert Leistungswillen und Verantwortungsbewußtsein, kontrolliert durch Wettbewerb wirtschaftliche Macht und wandelt Eigennutz in Gemeinnutz. Nur auf diesem Fundament können die unternehmerische Initiative gestärkt und sogleich die Teilhabe des einzelnen am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt verwirklicht werden," erklärte Hartwig Piepenbrock.

Bundesgeschäftsführer RA Rüdiger von Voss hob u.a. hervor: "Besonderer Mut ist gefordert, alte Seilschaften zu durchbrechen und die notwendige personelle Transparenz zu schaffen. An dieser für die Demokratie so wichtigen Aufgabe muß die Wirtschaft aktiv mitwirken. Der Wirtschaftsrat wird seinen Beitrag zu dieser schwierigen Aufgabe leisten müssen. Demokratie kann nur dann gelebt werden, wenn wir Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden gewährleisten. Gerechtigkeit setzt voraus, daß Recht - auch bei der Beurteilung von Schuld - oberster Maßstab ist, wenn die "Majestät des Rechts" wie dies in der Zeit des deutschen Widerstandes gegen das Nazi-Regime formuliert worden ist, auch die Leitlinie bei Schuld und Vergebung ist. Frieden im Inneren werden wir nur dann garantieren können, wenn wir diese schwierigen Probleme friedlich, rechtsstaatlich und unter Beachtung auch der persönlichen Würde des Schuldigen lösen".

GRÜNDUNGSVERSAMMLUNG IN BRANDENBURG

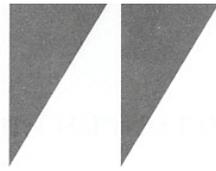
Ulrich Mehlmann leitet Ausschuß

"Der Wirtschaftsrat will auch heute und morgen die unternehmerische Verantwortung über das unternehmerische Einzelinteresse hinaus stärken. Er will die Unternehmer stärker in die politische Mitverantwortung für das Ganze einbinden. Die Gründer des Wirtschaftsrates waren sich einig, daß die ordnungspolitischen Erfordernisse der Sozialen Marktwirtschaft von allen erbracht werden können und sollten!" Dies erklärte Dr. Horst Anneck, Mitglied des Präsidiums des Wirtschaftsrates und Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen anläßlich der Gründungsversammlung des Landesverbandes Brandenburg des Wirtschaftsrates in Potsdam. Das große Interesse an dieser Veranstaltung wie das Engagement der Mitglieder des Gründungsausschusses waren deutlicher Hinweis darauf, daß dieser Appell auch in Brandenburg sehr wohl gehört und beachtet wird. Ulrich Mehlmann aus Potsdam leitet den Gründungsausschuß; diesem gehören weiterhin an: Albrecht Braemer (Potsdam), Stefan Gebauer (Köln/Potsdam), Peter Lehmann (Potsdam), Eberhard Graf von Schwerin (Wachtberg/Brandenburg), Albrecht Totte (Rathenow) sowie Gerd Wallis (Brandenburg).

"Europa ist im Umbruch und wir Deutschen haben dabei eine Schlüsselrolle. Dieser müssen wir gerecht werden, ohne Großmannssucht und Überheblichkeit, aber mit dem notwendigen Selbstbewußtsein. Wir müssen unsere Kräfte bündeln. Die Gründung des Wirtschaftsrates in Brandenburg ist deshalb ein wichtiger Schritt!" betonte Dr. Jürgen Schwericke MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Eberhard Pfeiffer, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin des Wirtschaftsrates, erklärte: "Wir benötigen innovative Unternehmer als Stützen der Gesellschaft. Unsere gemeinsame Aufgabe muß heißen: Permanente Warnung vor ausufernden Staatseingriffen, das Sorgen für stabile wirtschaftspolitische Rahmendaten als Bedingungen für produktives Unternehmensverhalten sowie Ausüben von Druck auf die Treuhandanstalt, damit schnellere Entscheidungen getroffen werden."

Dr. Peter-Michael Diestel gab als CDU-Ministerpräsidentenkandidat ein eindeutiges Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft zu Protokoll. Wenn, so Diestel, Brandenburg ein leistungsfähiger, attraktiver Teil der Bundesrepublik werden solle, dann stünden nunmehr vordringlich auf der Tagesordnung eine weitblickende Struktur- und Regionalpolitik, eine umfassende Förderung mittelständischer Unternehmen und Handwerksbetriebe sowie die Förderung der Eigeninitiative der Bürger auf allen Ebenen des wirtschaftlichen Aufbaus.

RA Rüdiger von Voss, Bundesgeschäftsführer des Wirtschaftsrates, erinnerte an ein Zitat von Ludwig Erhard: "Der Ruf nach Freiheit, nicht nach Klassenkampf, kennzeichnet die Revolution unserer Zeit". Aufgabe des Wirtschaftsrates sei nunmehr auch in Brandenburg, diesen Ruf nach Freiheit durch eine Politik der freiheitlichen Ordnung, der sozialen Mitverantwortung erfüllen zu helfen.



WIRTSCHAFTSRAT INTERN

Mitteilungen für Mitglieder — Verantwortlich Rechtsanwalt Rüdiger von Voss

Nr. 17 - 27. November 1990

LANDESVERBAND SACHSEN-ANHALT IN MAGDEBURG GEGRÜNDET: "PRIVATISIERUNG HAT VORRANG VOR LANGWIERIGEN SANIERUNGSBEMÜHUNGEN"

"Wenn wir begründet erwarten, daß sich der wirtschaftliche Aufschwung in den neuen Bundesländern bis zur Mitte des kommenden Jahres auf breiter Front durchsetzen wird, dann kommt es entsprechend darauf an, daß es der Treuhandanstalt gelingt, die Entflechtung und Privatisierung der ehemaligen DDR-Staatsbetriebe zu beschleunigen. Die personelle Verstärkung der Treuhandanstalt und der Verzicht auf die Bildung zusätzlicher Treuhandaktiengesellschaften sind Schritte in die richtige Richtung. Der Wirtschaftsrat hat im Interesse einer zügigen marktwirtschaftlichen Umstrukturierung von Beginn an gefordert, daß die Privatisierung Vorrang vor langwierigen staatlichen Sanierungsbemühungen haben muß. Auch hier gilt unsere alte Erfahrung: Als Unternehmer ist der Staat überfordert!" Dies erklärte der Bundesvorsitzende des Wirtschaftsrates, Dr. Dieter Murmann, anlässlich der Gründungsversammlung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt in Magdeburg.

In Magdeburg wurde der vierte neue Landesverband des Wirtschaftsrates gegründet. Die Patenschaft hat Niedersachsen übernommen. Martin J. Voigt koordiniert die organisatorische und sachliche Aufbauarbeit, unterstützt von Dr. Klaus Mildner und Wolfgang Gloechner sowie von Hartwig Piepenbrock, dem niedersächsischen Landesvorsitzenden und Bundesschatzmeister des Wirtschaftsrates.

Industriepolitisch motivierte Dauersubventionen und investitionslenkende Staatseingriffe hält der Bundesvorsitzende des Wirtschaftsrates mit den Grundprinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung für unvereinbar: "Der Wirtschaftsrat unterstützt hier die klare ordnungspolitische Position der CDU/CSU-geführten Bundesregierung und lehnt die industriepolitische Lenkungsstrategie der Sozialdemokraten entschieden ab!"

"Nach über vierzigjähriger Erfahrung dürfen wir feststellen, daß sich die Soziale Marktwirtschaft in einer von zunehmendem Erfindungstempo geprägten industrialisierten Welt als erfolgreichste Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erwiesen hat. Sie verbindet das Marktprinzip von Chance und Risiko mit dem des sozialen Ausgleichs. Sie stellt den Markt in den Dienst der Interessen der Bürger, fördert Leistungswillen und Verantwortungsbewußtsein, kontrolliert durch Wettbewerb wirtschaftliche Macht und wandelt Eigennutz in Gemeinnutz. Nur auf diesem Fundament können die unternehmerische Initiative gestärkt und sogleich die Teilhabe des einzelnen am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt verwirklicht werden," erklärte Hartwig Piepenbrock.

Bundesgeschäftsführer RA Rüdiger von Voss hob u.a. hervor: "Besonderer Mut ist gefordert, alte Seilschaften zu durchbrechen und die notwendige personelle Transparenz zu schaffen. An dieser für die Demokratie so wichtigen Aufgabe muß die Wirtschaft aktiv mitwirken. Der Wirtschaftsrat wird seinen Beitrag zu dieser schwierigen Aufgabe leisten müssen. Demokratie kann nur dann gelebt werden, wenn wir Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden gewährleisten. Gerechtigkeit setzt voraus, daß Recht - auch bei der Beurteilung von Schuld - oberster Maßstab ist, wenn die "Majestät des Rechts" wie dies in der Zeit des deutschen Widerstandes gegen das Nazi-Regime formuliert worden ist, auch die Leitlinie bei Schuld und Vergebung ist. Frieden im Inneren werden wir nur dann garantieren können, wenn wir diese schwierigen Probleme friedlich, rechtsstaatlich und unter Beachtung auch der persönlichen Würde des Schuldigen lösen".

Wirtschaftsrat der CDU e. V.

Fritz-Schäffer-Str. 28, 5300 Bonn 1, Telefon 02 28/20 3-0

Telefax: 02 28/20 32 03, Telex: 8 86 435 wrbn d